

Im Ergebnis dieses Zusammenwirkens wurden von diesen Stellen Hetzaktionen, darunter z. B. von der "GfM" im April und August 1976 sogenannte Hungerstreiks, Unterschriftensammlungen und die Verteilung von Plakaten und Hetzflugblättern durchgeführt, wobei von [REDACTED] verfaßte Diskriminierungen der DDR Verwendung fanden. In diese feindlichen Aktivitäten bezog er unter Täuschung über die tatsächlich von ihm verfolgte Zielsetzung weitere Personen ein und wirkte mit diesen zum Teil konspirativ als Gruppe zusammen.

Im Juni/Juli 1976 fertigte er eine als "Petition zur Erlangung der vollen Menschenrechte" bezeichnete Hetzschrift und initiierte und organisierte dazu unter ihm bekannten Antragstellern in Riesa die Sammlung von Unterschriften sowie deren Publizierung in Massenmedien der BRD. Zu diesem Zweck übergab er mehrere Exemplare dieser "Petition" an in der DDR akkreditierte Korrespondenten westlicher Massenmedien sowie an die Ständige Vertretung der BRD in der Hauptstadt der DDR. Das Vorgehen [REDACTED], insbesondere die sogenannte "Petition", wurde vom Gegner in den Mittelpunkt einer massiven Hetzkampagne gestellt, als sogenannte "Bürgerinitiative" hochgespielt und zur Nachahmung aufgefordert. Im Ergebnis dieser Kampagne nahmen weitere Antragsteller aus Riesa und Karl-Marx-Stadt Verbindung zu [REDACTED] auf, um im arbeitsteiligen Zusammenwirken mit diesem die organisiert begangenen staatsfeindlichen Aktionen in weitere Orte der DDR auszuweiten und unter Beibehaltung des planmäßigen Zusammenwirkens mit Feindeinrichtungen die Wirksamkeit ihrer subversiven Aktivitäten zu erhöhen.

Dem gleichen Ziel dienten Absprachen innerhalb der Gruppe [REDACTED], um auch im Falle der Festnahme einzelner Gruppenmitglieder die feindliche Tätigkeit im Zusammenwirken mit Feindeinrichtungen fortsetzen zu können.

Darüber hinaus organisierte [REDACTED] eine auf Verstärkung des Drucks gegen staatliche Organe der DDR gerichtete Briefaktion aus der BRD an bekannte Persönlichkeiten und Behörden in Riesa, indem er an BRD-Bürger hetzerische Briefe sowie die aus Telefonbüchern der DDR abgeschriebenen Adressen der entsprechenden Personen übersandte.

Nach der Festnahme des [REDACTED] nahm der zwischenzeitlich aus der DDR ausgewiesene ARD-Korrespondent [REDACTED] Verbindung zur Ehefrau des [REDACTED] und zu weiteren Angehörigen der von diesem organisierten Gruppe auf, um Interviews durchzuführen, die jedoch verhindert wurden.

Im Rahmen der Sendereihe "Kontraste" brachte er eine Reportage, in der er die Straftaten der Gruppe [REDACTED] glorifizierte, sie als "Bürgerinitiative" deklarierte und DDR-Bürger aufforderte, dieses Beispiel nachzuahmen.